

Hintergrundpapier

Nr. 5 / März 2011

Auf Geisterfahrt gegen den Wind des epochalen Wandels? Israel und die Veränderungen in der arabischen Welt

Dr. Hans-Georg Fleck

Atemloses und ungläubiges Staunen sowie ein leicht bänglicher Optimismus: Das sind ganz wesentlich jene Reaktionen, denen die erdstürzenden Wandlungen in der arabischen Welt Nordafrikas und des Nahen Ostens beim westlichen Publikum begegnen. Was mit dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali Mitte Januar begonnen und sich mit dem Rückzug Husni Mubaraks in Ägypten fortgesetzt hatte, sorgt nun in Libyen, Jemen, Bahrain und andernorts für Reform- oder zumindest Veränderungsdruck. Wird dies – von den Herrschenden abgesehen – zumeist und bisweilen gar mit euphorisch-gewagten historischen Vergleichen begrüßt, so scheint ein Staat der Region in seiner Bewertung der Ereignisse eindeutig aus der Reihe zu tanzen: Israel ist alles andere als freudig erregt und hoffnungsvoll, vielmehr betroffen und besorgt.

Waren die Entwicklungen in Tunesien – ob der geopolitischen Distanz – in Israel noch mit mäßiger Aufmerksamkeit und geringer Betroffenheit verfolgt worden, so änderte sich dies mit dem Beginn der Demonstrationen auf dem Kairoer Tahrir-Platz und ersten Meldungen über Unruhen im Nachbarstaat Jordanien grundlegend. Plötzlich sah man sich – dies die meistverwendete Metapher – „im Auge des Tornados“. Die Befürchtung, dass es in jenen beiden Staaten der arabischen Welt, mit denen Israel in den zurückliegenden drei Jahrzehnten Friedensverträge geschlossen hatte, zu einer Ablösung der israelischerseits in erster Linie als Garanten des Friedens perzipierten Machtzentren in Kairo und Amman kommen könnte, stand plötzlich vor aller Augen und löste große Betroffenheit und Argwohn aus. Wenn man diese Reaktion der politischen Elite Israels und der jüdischen Durchschnittsbürger des Landes verstehen und nachvollziehen will, so muss man sich einige grundlegende Parameter israelischer Politik und Lageperzeption bewusst machen.

Seit der Staatsgründung Israels vor mehr als 60 Jahren, die aus israelischer Sicht Ergebnis eines „gegen eine Welt von (arabischen) Feinden“ siegreich geführten „Unabhängigkeitskrieges“ war, sieht sich der mehrheitlich jüdische Staat in seiner schieren Existenz durch Ablehnung und Feindschaft seiner unmittelbaren Nachbarn bedroht. An dieser grundlegenden Lageperzeption konnte

weder der – in seiner enthusiastisierenden Wirkung kaum zu überschätzende – Sieg im Sechs-Tage-Krieg von 1967 noch der Friedensschluss mit dem Ägypten Sadats (und seines Vizepräsidenten Mubarak) oder dem Jordanien des Haschemitenkönigs Hussein Entscheidendes ändern. Mit „Preemptive Strikes“ hielt man sich im Laufe der Jahrzehnte sowohl die „libanesische Gefahr“ aus dem Norden wie die Atomrüstungspläne des Erzfeindes Syrien vom Leibe. Man nahm das Abgehen der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO von der Negierung des zionistischen Staates letztlich ebenso unbeeindruckt zur Kenntnis wie das von Saudi-Arabien initiierte Friedensangebot der Arabischen Liga aus dem Jahre 2002. Es blieb so in Israel der Eindruck der Feindschaft, ja des Hasses der Nachbarn eindeutig vorherrschend. Man glaubt sich in seinem Argwohn nicht nur durch das Vordringen islamistischer Kräfte in weiten Teilen der arabischen Welt bestätigt, sondern zuletzt vor allem durch das vermehrte Agieren des iranischen Mullah-Regimes in der Region und dessen als Bedrohung ersten Ranges empfundene atomare Rüstung.



Uferpromenade von Tel Aviv

AKP geführten Türkei zu Israel wird so z.B. ausschließlich auf das Vordringen des Islamismus und die Umorientierung neo-osmanischer Außenpolitik in Ankara zurückgeführt, wobei eine unveränderte Kontinuität israelischer Friedenspolitik von Ben-Gurion über Begin und Sharon bis zum heutigen Premier Netanyahu als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Die zunehmend kritische Haltung der EU-Staaten gegenüber der Hinhaltenaktik der israelischen Regierung in der Palästinafrage, wie sie erst kürzlich sogar in einer ungewohnt ungehaltenen Demarche von Kanzlerin Merkel beim israelischen Premier zum Ausdruck kam, wird in diesem Verständnis nur als Beleg für die traditionelle Israel-Feindschaft einzelner EU-Staaten verstanden oder aber als Beweis dafür, wie sehr der in Europa (angeblich unaufhaltsam) vordringende Einfluss des Islam schon zu Rücksichtnahmen der politischen Klasse auf die Interessen der jeweiligen islamischen Bevölkerungsgruppe geführt habe. Bei der Neuwahl eines US-Präsidenten geht es in der Wahrnehmung der israelischen Öffentlichkeit dann ausschließlich um die Frage „Welcher Kandidat ist gut für Israel?“ Bei dieser die Interessen des betreffenden Landes nonchalant ignorierenden, die eigenen Interessen hingegen zur einzig interessierenden Messlatte stilisierenden Betrachtungsweise hatte Barak Obama im Wahlkampf des Jahres 2008 denkbar schlecht abgeschnitten. Es dürfte damals wohl kaum ein Land der Welt gegeben haben, das den Wahlerfolg des ersten afro-amerikanischen Präsidenten der USA mit derartigem Bauchgrimmen verfolgte, wie es die Bevölkerungsmehrheit Israels getan hat.

Ganz in der Tradition dieses auf die eigene Befindlichkeit fokussierten politischen Denkens und Bewertens wird nun in Israel die sich abzeichnende Veränderung im arabischen Raum mit unverhohlenem Argwohn beobachtet. Auch wenn man wusste, dass die autokratischen Regime in den Nachbarstaaten Ägypten und Jordanien lediglich einen „kalten Frieden“ verwalteten, so hatte der

Aus dem subjektiven Gefühl konstanter Bedrohung, die nicht im Kontext eigenen politischen Handeln gedeutet und analysiert, sondern ausschließlich als Konsequenz eines tiefverwurzelten, ja bisweilen als geradezu „genetisch prädisponiert“ empfundenen Antizionismus und Antisemitismus in der arabischen Welt verstanden wird, erklären sich auch die Beurteilungskategorien, die Israels Öffentlichkeit und politische Klasse den Veränderungen im näheren oder weiteren poli-

tischen Umfeld zugrunde legt. Die veränderte Haltung der von der konservativ-islamischen

israelische Pragmatismus sich mit denjenigen Herrschern auskömmlich arrangiert, die man als Partner Israels oder zumindest als Gegner des Erzfeindes Iran einstufen konnte. Auch wenn es Mubarak peinlich vermieden hatte, mehr als einmal in seiner Amtszeit (anlässlich des Begräbnisses von Yitzhak Rabin) nach Israel zu reisen, so galt er doch als Garant jenes Friedens, der Israel immerhin u.a. eine weitgehend bedrohungsfreie Südflanke und kostengünstige Erdgaslieferungen verschafft hatte.

Die Herausforderung des „Pharaos“ durch eine junge und weltoffene Demokratiebewegung wurde nun nahezu ausschließlich als Gefährdung des bestehenden Ist-Zustandes, ja als Aufgalopp für neue Bedrohungsszenarien interpretiert. Auch wenn man der Demokratiebewegung keine Belege ostentativer Israelfeindschaft vorhalten kann, so wird ihr erfolgreiches Agieren doch primär und mit tiefstzudem Misstrauen als ephemeres Phänomen verstanden. Es sei genauso wie 1978/79 im Iran: Erst habe sich die Revolution einen bürgerlich-säkularen Anstrich gegeben, bis sich dann letztlich das islamistische Mullah-Regime mit seinen antizionistischen Tiraden durchsetzen konnte. Nicht nur für Ägypten, sondern für den gesamten arabischen Raum (sicher mit dem wahabitischen Saudi-Arabien in einer Sonderrolle) unterstellt man dieselbe Konstellation: Nach der ersten, im politisch naiven Europa so arglos bejubelten säkular-demokratischen Revolutionswelle werde in einer zweiten Phase der in breiten Bevölkerungskreisen (die „arabische Straße“) verankerte Islamismus an die Macht kommen und neue, autoritär bis gottesstaatlich ausgerichtete Regimes errichten, die sich die Vernichtung des jüdischen Staates auf die Fahnen geschrieben hätten.

Aus dieser Perzeption der Ereignisse im arabischen Raum und des sich aus ihnen für Israel ergebenden Bedrohungspotenzials wird verständlich, warum das offizielle Israel den sich abzeichnenden Veränderungen so zurückhaltend bis negativ gegenübersteht. Der ohnehin wenig geliebten gegenwärtigen US-Administration wird von zahlreichen israelischen Beobachtern im Kontext des Abgangs von Mubarak der „Verrat“ an alten Freunden und Partnern der USA vorgehalten, mit dem Unterton, nun wisse man ja, auf welche Treue und Zuverlässigkeit die einzige wahre Demokratie in Nahost, die „Villa im Dschungel“ (so Israels Verteidigungsminister und Neu-Parteigründer Ehud Barak), im Ernstfalle zählen könne.

Natürlich gibt es in der – nach wie vor bunten – veröffentlichten Meinung Israels auch Stimmen, die daran erinnern, dass auch die arabischen Völker der Nachbarschaft das Recht auf eine von ihnen offenkundig angestrebte freiheitlich-demokratische Entwicklung haben, und dass die israelische Demokratie mit Demokratien in ihrem Umfeld werde besser auskommen können als mit Autokratien. Aber diese Stimmen, so rational und überzeugend sie daherkommen, werden aus der Sicht der überwiegenden Mehrheit der israelischen Bevölkerung rasch als aus der „linken Ecke“ kommend abqualifiziert. Die Appelle jener – im Lande vor allem als „self-hating jews“ perzipierten – kritischen Beobachter vom Schlage eines Gideon Levy oder Akiva Eldar, die ihren Landsleuten den Gedanken verständlich machen wollen, dass auch die arabische Welt demokratiefähig sei, verhalten achtlos im Äther, während gleichzeitig die Wagenburgmentalität immer neue Urstände feiert. Vorherrschend ist die Mischung aus Furcht vor der Veränderung und der emotional tiefverwurzelten Überzeugung, dass die arabischen Massen allenfalls zur Generierung neuer Autokratie imstande seien. Und vor die (hypothetische) Wahl zwischen einer islamistischen und einer traditionellen Autokratie gestellt, entscheidet sich der israelische Bürger, ob er denn Benjamin Netanjahu oder Shlomo Cohen heißt, quasi natürlich und in kaum zu kritisierender Weise für die traditionelle.

Angesichts der Aufbruchsstimmung in der arabischen Welt und des vorsichtigen Optimismus in den befreundeten Staaten des Westens wird in der israelischen Öffentlichkeit immer häufiger die geistige Blockade der politischen Elite des Landes problematisiert. Sie ist in alten und neuen Ste-

reotypen befangen, die Israels Außenpolitik seit Jahr und Tag in ihrer Realitätswahrnehmung einschränken. Hierzu gehört an vorderer Stelle die zum Dogma erhobene Auffassung, dass Israels Besatzungsherrschaft in Palästina nichts, aber auch gar nichts mit der Haltung der arabischen und der muslimischen Welt zum Staate Israel zu tun habe. Es wird der Konnex zwischen eigenem politischen Agieren und den politischen Manifestationen in anderen Weltregionen mit dem Argument geleugnet, schließlich sei die Feindschaft gegen den zionistischen Staat weit älter als die Besetzung Palästinas. Mit dieser Teilwahrheit will sich die Elite des Landes vor der Binsenweisheit drücken, dass Aktion und Reaktion zusammengehören, dass die Besetzung Palästinas und die Verweigerung des freien Zugangs zu den heiligen Stätten der Muslime in Jerusalem eine schier unerschöpfliche Quelle für das Hasspotential des radikalen Islamismus sind.

Weit gefährlicher noch als diese Fehleinschätzung ist die derzeit allenthalben munitionierte Kampagne gegen die sogenannte „Delegitimierung“ des Staates Israel. Gemeint sind damit nicht nur die in der Tat an Fahrt gewinnenden Kampagnen der sogenannten pro-palästinensischen BDS-Initiativen („Boycott-Divestment-Sanctions“), die Israel in engen Zusammenhang mit dem vormaligen Apartheid-Regime in Südafrika rücken wollen. Aus der Perspektive der gegenwärtigen rechtskonservativen Regierung um Premier Netanyahu und seinen Außenminister Avigdor Lieberman wird rasch jede kritische Äußerung gegenüber der praktischen Politik des Staates Israel Anno 2011 zu einem weiteren Komplott zur Delegitimierung des jüdischen Staates, ja gar zu einer Manifestation des Antisemitismus schlechthin.

Zukunftsperspektiven

Ist Hoffnung in Sicht, dass diese Geisterfahrt gegen den epochalen Wandel, die nur die Gefahren, nicht aber die Chancen der Veränderungen wahrnehmen möchte, zu ihrem Ende kommen könnte? Seien wir realistisch: Die Antwort hat zwei Komponenten. Das eine sind die in ihren Folgewirkungen noch unabsehbaren Entwicklungen im Umfeld Israels. Kommen demokratische Regimes an die Macht, so dürfte sich der israelische Argwohn minimieren. Jedoch auch dann wird die Palästina-Frage resp. die Art und Weise, wie Israel sie seit mehr als 40 Jahren zu „lösen“ versucht, einer völligen Normalisierung der Beziehungen im Wege stehen. Ohne eine Konfliktlösung entlang der seit Jahr und Tag definierten und allseits bekannten Friedenslinien, ohne das Entstehen eines lebensfähigen Staates Palästina kann der Weg zur Normalisierung nicht beschritten werden. Sollten hingegen zukünftig vermehrt islamistische Autokratien ans Ruder kommen – und derzeit kann dies leider noch keinesfalls ausgeschlossen werden –, so wird das Leben im ökonomisch prosperierenden Kleinstaat am östlichen Mittelmeer nicht einfacher werden. Nationalistische und religiöse Extremisten – nicht nur in den Kreisen der israelischen Siedlerbewegung – würden sich bestätigt fühlen und noch lauter die öffentliche Diskussion bestimmen.

Aber meiden wir jene interpretatorische Falle, die (unliebsame) Veränderungen in Israel gerne zur schieren Konsequenz negativer Entwicklungen im israelischen Umfeld macht. Israels Demokratie ist in einer gefährlichen Phase, einer Phase des wachsenden nationalistischen und religiösen Extremismus, einer Verschärfung innergesellschaftlicher Konflikte zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Israelis, zwischen jüdischen Israelis strikt-religiöser und säkularer Ausrichtung. Mancher Beobachter würde den Hinweis auf die extremen, polarisierenden sozioökonomischen Unterschiede im Lande hinzufügen – im Kreise der OECD-Staaten nur von den USA übertroffen. Diese Gefährdungspotenziale im Innern und vor allem die Art und Weise, wie sie von der politischen Elite des Landes im Windschatten des Gefühls äußerer Bedrohung kleingeredet und ignoriert werden, sollte die Freunde des Staates Israel in allererster Linie umtreiben. Die politische Kultur eines Landes, die

Kritik – ob berechtigt oder nicht – nur noch als Ausdruck sinisterer Verschwörungen perzipieren kann, ist definitiv auf dem Holzweg. Hier heißt das Gebot der Stunde: Aufrütteln – und nicht in das gleiche, falsche Horn blasen.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung finden Sie unter www.freiheit.org